№ 275
B 135
Abend-Ausgabe

Berlin

Mittwoch, 11. Juni 1924

Vossische Zeitung

10 Pfennig
100 Milliarden

Gegründet 1704

Mit Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (im Ausw. d. Handelsteile): Carl Misch Berlin Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein. Amt Dönhoff 5600—5663, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 5686—5695. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus. Berlin Postscheckkonto Berlin 660.

Wer wird Millerands Nachfolger?

Painlevé oder Doumergue.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

e **Paris**, 11. Juni.

Millerand wird von der erdrückenden Mehrheit der Presse — das ist das Charakteristikum der Kommentare zu den gestrigen Ereignissen —, fast ohne Nachruf fallen gelassen. Die Blätter sprechen schon fast nicht mehr von ihm und nur in dem Blatt seines persönlichen Freundes Hervé findet man so etwas wie eine Würdigung der Persönlichkeit des bisherigen Präsidenten der Republik.

Die gesamte Rechtspresse, die bisher in ihm den Mann der Tat gefeiert hat, findet heute kein Wort zu seiner Würdigung. Nur das „Journal" enthält einige verschwommene Sätze seines parlamentarischen Mitarbeiters, die so etwas wie eine Wertung des abdankenden Präsidenten der Republik darstellen. Die allgemeine Aufmerksamkeit in den Kommentaren ist vielfach denjenigen Fragen zugewandt, die sich aus den gestrigen Ereignissen für die Verfassung ergeben. Die rechtsrepublikanischen und übrigen Blätter des Bloc national benutzen die Gelegenheit, zu zeigen, daß eine Stärkung der verfassungsrechtlichen Stellung des Präsidenten notwendig sei, um darzulegen, wie die Autorität und die Wirkungskraft des höchsten Staatsamtes durch die Taktik der Radikalen und ihres linken Anhangs erschüttert worden sei.

Der linke Block, so schreibt der „Figaro", glaubt, wie er sagt, lediglich den Präsidenten zur Demission gezwungen zu haben. Tatsächlich hat er eine Revision der Verfassung durchgeführt, eine Revision de facto, aber nicht durch Aenderung der Gesetze, aber eine Revision, die tiefgreifend und ernst sei, eine Revision nicht einmal im Sinne des gerechten Gleichgewichts zwischen der gesetzgebenden und Exekutivmacht, auf die alle Bemühungen der republikanischen Reformatoren ausgingen, nicht einmal im Sinne einer Verstärkung der gesetzlichen Autorität, welche die Nation instinktiv verlangt. Durch den „revolutionären" Akt der Kammer, dem der Senat gestern nicht entgegenzutreten wußte, vielleicht auch nicht wollte, ist die Verfassung zu einem Fetzen Papier geworden. Der Präsident der Republik erstickte bisher in dem ohnmächtigen Schweigen des Elysee; zukünftig wird er zu noch größerer Zurückhaltung verurteilt und noch mehr „Hintergrundfigur" werden. Bisher hatte der Präsident der Republik das Recht zur Kammerauflösung, machte aber kaum davon Gebrauch. Zukünftig wird er nicht einmal daran denken können, es zu benutzen, ohne die Gefahr, daß die Mehrheit alsbald seine Demission erzwingt. In ähnlichem Sinne äußern sich zahlreiche andere Blätter des Zentrums und der Rechten.

In der linken Presse tritt keinerlei Siegesjubel zutage, wenn man von dem „Quotidien" absieht, dessen außerordentlich heftige Sprache überhaupt in der ganzen letzten Zeit von dem Ton der sonstigen Presse der Linken erheblich abweicht. Dieses Blatt weist besonders auf die Ausführungen des Kommunisten Renaud Jean über die revolutionäre Vergangenheit und das „Renegatentum" Millerands hin, auf die die Rechte keine Antwort gefunden habe, und sagt, unter diesen Umständen sei die Addankung mehr als nur das Ende eines Präsidenten, nämlich die Erledigung eines Menschen.

Die Aufmerksamkeit der linken Presse ist im übrigen in der Hauptsache mehr darauf gerichtet, wie sich die Frage der Nachfolgerschaft Millerands nunmehr regeln wird. Es treten auch heute in dieser Frage nur zwei ernsthafte Kandidaturen für die Nachfolgeschaft in den Vordergrund, nämlich die Namen Painlevé und Doumergue, die schon in der ganzen letzten Zeit immer wieder genannt worden sind. Die Gesamtheit der Blätter des linken Blocks bittet die Abgeordneten der neuen Mehrheit inständig, unbedingt eine einheitliche Kandidatur für die Nationalversammlung aufzustellen. Sie veröffentlichen hierzu nicht nur in allen ihren Organen gleichlautend wiedergegebene Noten, sondern auch individuelle Artikel. Im allgemeinen verzichten sie darauf, einem der beiden Kandidaten vor dem anderen den Vorzug zu geben. Nur der „Quotidien" geht auch hier seinen eigenen Weg und tritt offen für die Kandidatur Painlevé ein. Durch seine politische Vergangenheit, durch seine Dienste und durch seinen Charakter erscheine Painlevé als derjenige Mann, der mit dem höchsten Amt betraut werden müsse. Die „Ere Nouvelle" verfucht, sowohl Painlevé wie Doumergue nach ihrem Wert als Republikaner zu würdigen. Doumergue, so schreibt das Blatt, ist ein loyaler Republikaner, ein hervorragender Senatspräsident, er genießt die Achtung aller unserer Freunde, und wenn wir es bedauern würden, daß er den Vorsitz im Senat aufgibt, so wäre dies nur deswegen, weil Poincaré sonst Aussicht hätte, diesen Platz einzunehmen. Painlevé ist ein großer Gelehrter und ein großer Bürger. Er ist einer derjenigen, dem die Rechte ihren unversöhnlichen Haß geweiht hat. Zwischen diesen vornehmen Republikanern ist die Wahl schwer.

In dieser Presse ist mit den Voraussagen über die Präsidentenwahl vorsichtiger und nennt als Kandidaten neben Painlevé und Doumergue nur noch Herrn Poms. Die Präsidentenwahl wird voraussichtlich am Freitag, vielleicht auch schon, wie das „Oeuvre" andeutet, morgen, Donnerstag, stattfinden. Die französische Verfassung sieht eine Frist von drei Tagen vor, so daß auch noch der Sonnabend in Frage kommen könnte.

Bahn frei!

Der Umschwung, den die französischen Wahlen herbeiführten, hat seine Bestätigung und Fortsetzung in der Beseitigung des Präsidenten der Republik gefunden. Millerand folgt Poincaré. Sie waren sachlich und persönlich oft durch scharfe Differenzen getrennt. Daß der Orkus sie gemeinsam verschlingt, beweist die Stärke des Umschwungs in Frankreich. Millerand selbst hat sich bei dem letzten Kabinettswechsel, den Poincaré dazu benützte, sich durch Aufnahme linksgerichteter Minister der von ihm geahnten Volksströmung anzupassen, für den bisherigen Kurs in der Außenpolitik eingesetzt, mit dem Hinzufügen, er werde die Konsequenzen ziehen, wenn das französische Volk eine Aenderung dieses Kurses wünsche. Man hat ihn gezwungen, dieses Wort wahrzumachen. Die neue Politik hat jetzt freie Bahn.

Die Presse der Deutschnationalen hat frühzeitig erkannt, daß der Umschwung in Frankreich ein Ereignis von europäischer Tragweite ist. Deshalb hat sie, solange die Aussicht bestand, ein deutschnationales Regime aufzurichten, die tollsten Manöver versucht, um die Bedeutung der Vorgänge in Frankreich zu leugnen. Sie hat den Versuch Millerands, sich an der Macht zu halten, mit den heißesten Segenswünschen begleitet, und die „Deutsche Tageszeitung" hat die Weigerungen Herriots, sich von Millerand ernennen zu lassen, mit dem wiederholten Jubelruf aufgenommen, nun sei der Bürgermeister von Lyon und sein Kabinett der europäischen Spannung „erledigt".

Die Pächter des Patriotismus, diesseits und jenseits der Grenzen, sind sich ihrer Schicksalsgemeinschaft bewußter als die Politiker, die wohl erkannt haben, daß nur eine europäische Verständigung die Aussicht auf Rettung und Wiederaufstieg eröffnet, zugleich aber doch die größte Besorgnis hegen, man könne sie für nicht national genug halten.

In der französischen Wahlbewegung hat der deutsche 4. Mai eine sehr große Rolle gespielt. Die Freunde Poincarés und Millerands haben die Erfolge der deutschen Nationalisten, zu denen sie so viel beigetragen hatten, als stärkste Waffe verwendet, um nachzuweisen, daß eine Aenderung der bisherigen Politik gegenüber Deutschland unmöglich sei. Man kann angesichts dieser Tatsache ermessen, was es für die Führer der neuen Mehrheit in Frankreich bedeutete, als in Deutschland ernsthaft der Versuch gemacht wurde, eine Regierung Tirpitz-Westarp aufzurichten. Wäre diese Absicht verwirklicht worden, so hätte der Block der Linken in Frankreich kaum Aussicht gehabt, die Hindernisse aus dem Wege zu räumen, die der Verwirklichung seiner Politik entgegenstanden. Millerand betete jeden Tag um eine neue Rede Ludendorffs. Die Reichstags-Abstimmung des 6. Juni hat seine Niederlage entschieden. Die Rede Lübes hat den Schaden ausgeglichen, den die „Deutschen Tage" der deutschen Sache zugefügt hatten. Der französische Volkswille gelangte erst zur Auswirkung, nachdem die Gefahr beseitigt war, daß der deutsche Volkswille durch ein reaktionäres Regiment gebeugt und festgelegt werde.

Die Beseitigung Millerands macht drüben die Bahn frei. Sie muß auch hüben gefäubert werden. Bisher hat der französische Radikalismus die Anhänger der europäischen Verständigung in Deutschland entmutigt. Die Niederlage dieser Elemente in Frankreich muß ein Ansporn sein, das verlorene Gelände zurückzugewinnen.

Denn jetzt ist viel zu gewinnen und alles zu verlieren. Frankreich, in Waffen starrend, Vorkämpfer des Rüstungswetteifers und des nationalistischen Uebermuts und Kleingeistes in allen Ländern, war ein böser, harter, kleinlicher und quälender Bedrücker, aber es hat zugleich abstoßend gewirkt und der Sache der Unterdrückten Freunde erworben. Ein Frankreich der Herriot und Painlevé, das aller Welt die Hand zur Verständigung bietet, wäre einem Deutschland, wie es die Rechtsradikalen anstreben, ein viel gefährlicherer Feind am Rhein, wie draußen in der Welt. Gegenüber der Waffe des Pazifismus hätte ein militaristisches Deutschland ohne Militär überhaupt kein Abwehrmittel. Wenn Deutschland sich behaupten will, muß es mit dem neuen Frankreich wetteifern in der Bemühung, einen wahren und dauernden Frieden zu schaffen. Jetzt mit Vogelflinten paradieren, heißt, die günstigste Stunde verscherzen, die seit 1914 dem deutschen Volk beschieden war.

J. E.

Neuer Umsturz der Militärliga.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

✱ **Athen**, 10. Juni.

Griechenland steht vor einem neuen Umsturzversuch durch die Militärliga. Der Kriegsminister General Kondilis ist endgültig aus dem Kabinett ausgeschieden, und der Finanzminister Euderos legte ebenfalls sein Portefeuille zurück, da ihn die Wählerschaft von Kreta durch ihre Delegierten hierzu gezwungen hat. General Pangalos wurde zum Kriegsminister ernannt, und Ministerpräsident Papanastasiu erklärte heute nacht, daß er auch für den Fall, daß noch einige weitere Mitglieder seines Kabinetts ausscheiden sollten (auch der Rücktritt des Ministers des Aeußern, Nussos, wird angekündigt), schnell die neue Regierungsbildung durchzuführen in der Lage sei. Er zeigte sich optimistisch auf die Frage, ob er die Regierung für stark genug halte, sich an der Macht zu erhalten.

Aber auch Kondilis, der im Lande, besonders im Heere über großen Anhang verfügt, erklärte sich überzeugt, daß er in wenigen Tagen Papanastasiu verjagt haben werde, zumal der Präsident Konduriotis, der sein persönlicher Freund ist, das Nötige tun werde, um diese Regierung der Schwachen zu beseitigen. Seit dem Plebiszit, das der Republik den Sieg gebracht habe, befinde er sich im Gegensatz zu Papanastasiu, der nicht, wie das Volk es erwartet habe, eine straffe Politik führte, das Heer und die Flotte nicht mit Entschlossenheit neu aufbaute und sich nur um die Sicherung der verfassungsmäßigen Freiheiten des Volkes kümmerte.

Kondilis kündigt einen unerbittlichen Kampf gegen die Regierung an, deren Verbleib eine Gefahr für das Land bedeuten würde. Hinter Kondilis stehen insbesondere die sehr zahlreichen Abgeordneten der aus Kleinasien geflüchteten Bevölkerung, die sich für die Einsetzung einer Militärdiktatur und die Schaffung eines starken Heeres aussprachen. **Der Kandidat für diese Militärdiktatur soll nicht nur gegen jede äußere, sondern vor allem auch gegen die innere soziale Bedrohung Vorkehrung treffen.**

Diese neue Krise hat abermals in Athen und im Lande starke Nervosität ausgelöst. Daß verschert wird, Kondilis werde eine Koalition bilden, der zwar nicht die Parteiführer, aber andere prominente Politiker aller Parteien angehören sollen, beruhigt nicht, weil man überzeugt ist, daß allein das militärische Element ausschlaggebend sein werde.

Ministerpräsident Papanastasiu verlangte heute bei Sitzungsbeginn der Nationalversammlung die Vertagung um 48 Stunden, die bewilligt wurde.

Der sozialdemokratische Parteitag.

Nach zweijähriger Pause beginnt heute abend um 6 Uhr in Berlin der sozialdemokratische Parteitag. Er wird sich, neben der Behandlung einer großen Reihe von Anträgen und Interpellationen, die von den Ortsgruppen eingebracht worden sind, vor allem mit der Politik der Partei in der vergangenen Legislaturperiode des Reichstags befassen. Die Begrüßungsrede hält Crispien, dem der Vorsitzende der Berliner Organisation, der Abg. Künstler, folgt. Referate von Wels, Müller-Franken, Lipinski und Hilferding sind vorgesehen. Die heutige Tagung findet im Saale des preußischen Landtags statt, der eigentliche Parteitag im Gewerkschaftshaus.

Entschädigung deutscher Kolonisten.

Königshütte, 11. Juni. (W.T.B.)

Laut „Oberschlesischem Kurier" gehen die Verhandlungen wegen Entschädigungen an deutsche Kolonisten in den ehemals preußischen Teilen von Polen ihrem Ende entgegen. Die Verhandlungen führten zur Annahme des Grundsatzes einer Pauschalentschädigung, die den von ihren Siedlungen entfernten deutschen Kolonisten ohne Eingehen von Einzelheiten gezahlt werden soll.

Die Micum-Verträge im Reichskabinett.

Der heutige Kabinettsrat, der um 4 Uhr nachmittags stattfindet, hat die morgen bevorstehenden Verhandlungen zum Gegenstand, die von der Micum in Düsseldorf angesetzt worden sind, um eine nochmalige Verlängerung der Micumverträge mit der Industrie herbeizuführen. Diese Verträge, die der Kohlenindustrie eine 27prozentige, den anderen Industrien des besetzten Gebietes entsprechende Abgaben auferlegen, laufen am 15. Juni nach zweimaliger Verlängerung ab. Sie werden seitens der Industrie, vor allem angesichts der außerordentlichen Schwierigkeiten in der Kreditbeschaffung, als weiterhin keinesfalls tragbar bezeichnet.

Industrievertreter werden im Anschluß an die Kabinettsberatung von Regierungsmitgliedern empfangen werden, um